



## Ausbildung: Schavan schiebt Hunderttausende aus der Warteschleife auf die lange Bank

**Pressemitteilung von Nele Hirsch, 03. September 2007**

### **Zur Situation auf dem Ausbildungsmarkt erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Nele Hirsch:**

Alle Jahre wieder verspricht die Bundesregierung den Schulabgängerinnen und -abgängern bessere Ausbildungsperspektiven. Auch zu Beginn dieses Ausbildungsjahres hat Bildungsministerin Annette Schavan vollmundig allen Jugendlichen einen Einstieg in Ausbildung in Aussicht gestellt. Wie wenig diese Ankündigungen allerdings wert sind, haben Hunderttausende von Jugendlichen in den letzten Jahren erfahren müssen. Anstatt einen qualifizierten Berufsabschluss zu erwerben, wurden sie in ein immer weiter aufgeblähtes Übergangsmanagement verschoben, in dem viele von ihnen bis heute mit kurzfristigen Qualifizierungsbausteinen und Warteschleifen hingehalten werden. Wenn die Ministerin sie nun auf weitere drei bis fünf Jahre vertröstet, bis sie vielleicht eine Lehrstelle erhalten, wenn die Konjunktur anhält, stiehlt sie ihnen die Zukunft.

Die Folge ist, dass in diesem Jahr bereits mehr als die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber zu den so genannten Altbewerber/innen gehören. Hinzu kommen rund 200.000 Jugendliche, die in Kurzzeitmaßnahmen stecken. Von Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt kann somit trotz positiver konjunktureller Entwicklung keine Rede sein. Zu groß sind die Verfehlungen in der Berufsbildungspolitik der letzten Jahre. Hierüber kann der alljährlich scheiternde Ausbildungspakt schon lange nicht mehr hinwegtäuschen. Die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung benötigt endlich eine gänzlich neue Grundlage, statt einzig und allein auf die Konjunktur zu hoffen.

DIE LINKE fordert ein öffentlich finanziertes Sofortprogramm mit überbetrieblichen Ausbildungsangeboten, um den in den letzten Ausbildungsjahren leer ausgegangenen Jugendlichen endlich eine langfristige Perspektive zu geben. Zudem muss die Bundesregierung eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage einführen, um das Recht auf Ausbildung auch unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung dauerhaft zu sichern.